



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Integration Migration Literatur verfahren Rechtsfragen

Entscheiderbrief

Informations-Schnelldienst

8/2019

Inhalt

Verfahren

ASA - Die erweiterte Pilotierung des Assistenzsystems für Anhörungen ist gestartet	2
Neue Länderreporte zum Sudan und der Ukraine	3

Aktuelle Rechtsfragen

Aus der Rechtsprechung	3
------------------------	---

Blick zum Nachbarn

Das albanische Asylsystem	6
Ausgewählte EU-Partnerbehörden: Schweden - Migrationsverket	8

Was sonst?/Literatur

IZ Asyl und Migration weist hin auf	9
-------------------------------------	---

den Qualitätsstandards entsprechenden, Anhörung unterstützen. Dies geschieht durch das Angebot ergänzender Informationen und Fragestellungen während der Anhörung sowie der Erfassung offener Arbeitsschritte bei der Nachbereitung der Anhörung.

Nachdem die vom 29.10.2018 bis 18.02.2019 durchgeführte Basis-Pilotierung erfolgreich abgeschlossen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse umgesetzt werden konnten, wird das ASA in der erweiterten Pilotierung die Anhörungen von fünf Herkunftsländern unterstützen. Zusätzlich zu den bereits in der Basis-Pilotierung enthaltenen Herkunftsländern Irak und Iran (s. dazu Information über den Stand der Basis-Pilotierung im Entscheiderbrief 11-12/2018) wurden die Länder Türkei, Georgien und Togo in das System mit aufgenommen, für die auch diesmal wieder auf eigens bereitgestellte und zentral qualitätsgesicherte Informationen aus dem Referat für Länderanalysen zurückgegriffen werden kann. Für die Durchführung der erweiterten Pilotierung ist ein Zeitraum von 12 Wochen vorgesehen. Standortübergreifend nehmen ca. 25 Entscheidende an der erweiterten Pilotierung teil. Unterstützt werden sie hierbei von Außenstellen-Koordinatoren, die für organisatorische Fragestellungen verantwortlich sind, von ASA-Ansprechpersonen, die bei fachlichen Rückfragen zur Verfügung stehen und durch ein zentrales Projektteam, das die Gesamtkonzeptionierung und -steuerung verantwortet.

Welche Ziele werden in der erweiterten Pilotierung verfolgt?

Die erweiterte Pilotierung dient dazu, die aus der Basis-Pilotierung gewonnenen Erkenntnisse und die entsprechend vorgenommenen Änderungen am ASA (insgesamt ergaben sich mehr als 120 Aspekte zur Weiterentwicklung und über 60 Anpassungen im System) zu erproben und das System ggf. weiter anhand der Bedürfnisse der Entscheidenden zu optimieren.

Wie läuft die begleitende Evaluation ab?

Zur Evaluation der erweiterten Pilotierung werden zwei Fragebögen und ein Erhebungsbogen eingesetzt. Die teilnehmenden Entscheidenden haben dadurch bspw. die Möglichkeit die Funktionalität, die Orientierungsfähigkeit sowie die Benutzerfreundlichkeit des ASA zu bewerten. Ebenfalls werden mit den Erhebungsformaten Verbesserungsvorschläge der Entscheidenden zur optimaleren Nutzung des ASA erfasst. Im Rahmen von Feedback-Workshops werden die Ergebnisse diskutiert und validiert.

ASA – Die erweiterte Pilotierung des Assistenzsystems für Anhörungen ist gestartet

Am 06. August 2019 startete mit Zustimmung der Gremien des Bundesamtes die erweiterte Pilotierung des „Assistenzsystems für Anhörungen“ (im Folgenden ASA) in den vier Außenstellen Bramsche, Dresden, Essen und Heidelberg. Die Außenstellen Bamberg und Zirndorf, die bereits an der Durchführung der Basis-Pilotierung beteiligt waren, nehmen an der erweiterten Pilotierung auf freiwilliger Basis teil.

Als Teil der Digitalisierungsagenda 2020 des Bundesamtes soll das Projekt „ASA“ die Entscheidenden bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einer vollständigen,

Wie geht es weiter?

Nach Ablauf der 12-wöchigen Pilotierung findet ein Abschlussworkshop zur Reflexion des ASA mit der Leitung und den Personalvertretungen statt, um die gewonnenen Erkenntnisse aus der erweiterten Pilotierung zu besprechen und zu erörtern, wie eine mögliche Flächeneinführung des ASA gestaltet werden könnte. Vor einer Flächeneinführung des ASA wird eine erneute Gremienbeteiligung stattfinden.

Projektverantwortliche

Projektleitung	Fr. Dr. Britting-Reimer, 61A
Fachliche Teilprojektleitung	Hr. Samtleben, 61A
Operative Teilprojektleitung	Fr. Risch, 31A
Technische Teilprojektleitung	Fr. Hack, 21B

ASA Postfach ASA@bamf.bund.de

Dr. Eva Britting-Reimer, 61A

Neue Länderreporte zum Sudan und der Ukraine

Das Referat Länderanalysen hat in seiner Reihe „Länderreporte“ zwei neue Ausarbeitungen veröffentlicht. Der Länderreport 13 befasst sich mit der Protestbewegung im Sudan und der Länderreport 14 mit den Übergriffen auf Roma in der Ukraine.

Die schlechte wirtschaftliche Lage im Sudan und zuletzt die Verdreifachung der Brotpreise führte Mitte Dezember 2018 zu Protesten in allen Landesteilen, die bis heute anhalten. Der Bericht enthält eine entsprechende Chronologie der Protestbewegung und gibt Hintergrundinformationen zu den Geschehnissen im Sudan.

Seit Beginn des Konflikts in der Ostukraine sind viele Roma aus ihren Siedlungen in den von Separatisten besetzten Gebieten der Ostukraine in andere Landesteile geflohen. Parallel dazu kam es in den vergangenen fünf Jahren immer wieder zu Übergriffen gegen Roma, bei denen sie aus ihren Häusern vertrieben und in einigen Fällen sogar verletzt oder getötet worden sind. Im Jahr 2018 stieg die Zahl der Übergriffe gegen Roma im Vergleich zu den Vorjahren stark an. Der vorliegende Bericht beschreibt zunächst die allgemeine

Sicherheitssituation der Roma in der Ukraine. Im Fokus stehen des Weiteren die Übergriffe im Jahr 2018 und die staatlichen Reaktionen auf diese.

Die neuen Ausarbeitungen sind in MILO (<http://milo.prod.intern/>) unter dem Pfad: Land – Analysedokumente – Analysen Deutschland – 2019 abrufbar und können öffentlich verwendet werden.

Anke Eckardt, 62F

Aus der Rechtsprechung

Überblick zu aktuellen asylrechtlichen Revisionsverfahren

A. Revisionsverfahren aus dem Bereich des Familienasyls

1. Internationaler (Familien-)Schutz für den Vater eines inzwischen volljährigen Stambberechtigten? BVerwG legt Frage dem EuGH vor.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat am 15. August darüber verhandelt, ob es für die Zuerkennung des subsidiären Schutzes nach § 26 Abs. 3 und 5 AsylG an einen Vater ausreicht, dass sein originär schutzberechtigter Sohn (Stambberechtigter) bei der Antragstellung des Vaters noch minderjährig war.¹

Das Verwaltungsgericht Stuttgart als Vorinstanz hatte entschieden, dass für die Frage der Minderjährigkeit des Stambberechtigten der Zeitpunkt des Asylgesuchs des Vaters entscheidend sei.² Das Gericht begründet dies im Wesentlichen damit, dass bei § 26 Abs. 3 AsylG entgegen § 77 Abs. 1 AsylG nicht auf den Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung abzustellen sei; aus systematischen und teleologischen Erwägungen könne § 77 Abs. 1 AsylG keine Anwendung finden. Gegen diese Entscheidung hat das Bundesamt zugelassene Sprungrevision eingelegt.

Die Auffassung des Bundesamts, dass aufgrund der Vorschrift des § 77 Abs. 1 AsylG hinsichtlich des maßgeblichen Zeitpunkts auf die letzte mündliche Verhandlung abzustellen ist, teilt auch das Verwaltungsgericht Köln in einer aktuellen Entscheidung.³

¹ BVerwG 1 C 32.18.

² VG Stuttgart, Urt. v. 23.05.2018, A 1 K 17/17.

³ VG Köln, Urt. v. 15.1.2019, 14 K 9313/16.A.

Das Bundesamt vertritt die Auffassung, dass gemäß § 77 Abs. 1 AsylG grundsätzlich immer der Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung maßgebend ist. Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Gesetzgeber in einer Norm eine andere Regelung getroffen hat. Dies ist beispielsweise bei § 26 Abs. 2 AsylG der Fall, wonach für die erforderliche Minderjährigkeit eines Kindes als Begünstigter des Familienasyls der Zeitpunkt der Antragstellung entscheidend ist.

Dass der Gesetzgeber eine solche Regelung in Absatz 3 nicht getroffen hat, spricht dafür, dass er das Problem erkannt hat, jedoch nicht von der Regelung des § 77 Abs. 1 AsylG abweichen wollte. Das Kind hat bei dieser Fallkonstellation die Rolle des Stambberechtigten.

Das BVerwG hat mit Beschluss vom 15.08.2019 den Fall dem EuGH zur Klärung vorgelegt,⁴ da der deutsche Gesetzgeber in § 26 AsylG auf Art. 2 Buchst. j RL 2011/95/EU Bezug genommen hat. Der Klärungsbedarf betrifft dabei den maßgeblichen Zeitpunkt für die Beurteilung der Minderjährigkeit des Schutzberechtigten, die Anforderungen an das Bestehen einer Familie während des im Zusammenhang mit dem Antrag auf internationalen Schutz stehenden Aufenthalts des Schutzberechtigten und seines Elternteils in dem Aufnahme-mitgliedstaat, sowie etwaige zeitliche Grenzen hinsichtlich der Eigenschaft als Familienangehöriger eines vormals minderjährigen Schutzberechtigten.

Für den Fall, dass der EuGH davon ausgeht, dass der Zeitpunkt der (nichtförmlichen) Antragstellung maßgeblich ist, kommt der vierten Vorlagefrage des BVerwG eine besondere Bedeutung zu. Das BVerwG wirft für diesen Fall nämlich die Frage auf, wann die Eigenschaft als Familienangehöriger im Sinne des Art. 2 Buchst. j Spiegelstrich 3 der Richtlinie 2011/95/EU endet.

Im Urteil⁵ vom 12.04.2018 hatte der EuGH die Frage danach, wann die Eigenschaft als Familienangehöriger endet, noch nicht entschieden. In diesem Verfahren hatte der EuGH auf der aufenthaltsrechtlichen Ebene geurteilt, dass das Recht auf Familiennachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auch dann bestehen bleibt, wenn diese während ihres Asylverfahrens volljährig werden. Die Frage danach, unter welchen, später eintretenden Bedingungen, aber nicht mehr von einer Familie ausgegangen werden kann, lies er jedoch offen.

Sollte der EuGH nun davon ausgehen, dass der Status als Familienangehöriger nicht zeitlich unbegrenzt fort gilt, sondern beispielsweise mit Eintritt der Volljährigkeit, durch

Heirat des Stambberechtigten oder durch andere Ereignisse endet, so hätte dies enorme Auswirkungen auf die Praxis.

Denn dann wäre zugleich geklärt, dass und ggf. zu welchem Zeitpunkt der von einem vormals Minderjährigen abgeleitete Familienschutz endet, und bei Widerrufsprüfungen die bisher bestehende Rechtsunsicherheit beseitigt.

2. Ausblick auf weitere Revisionsverfahren aus dem Bereich des Familienasyls

Vor dem BVerwG sind derzeit noch weitere Revisionen aus dem Bereich des Familienasyls anhängig.

a.) Verhältnis von § 29 AsylG zu § 26 AsylG

Zum einen befassen sich die Bundesrichter mit der Frage, ob in dem Fall, wenn ein Mitgliedsstaat dem Ausländer bereits Schutz gewährt hat, dieser aber vom Wortlaut des § 26 AsylG erfasst wird, eine Ablehnung des Asylantrags nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG möglich ist, oder aber ob die Regelung des § 26 AsylG als *lex specialis* zu betrachten ist und eine Ablehnung des Asylantrags als unzulässig nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG daher ausscheidet.⁶ Die letztere Auffassung vertritt das OVG Magdeburg,⁷ gegen dessen Entscheidung das Bundesamt Revision eingelegt hat.

Nach der Auffassung des OVG Magdeburg erfasse § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG nur den eigenen Anspruch des Ausländers auf Gewährung internationalen Schutzes und nicht einen abgeleiteten Anspruch gemäß § 26 AsylG. Dies ergebe sich jedenfalls nach Sinn und Zweck des § 26 AsylG. Er ziele zumindest auch darauf, den Familienverband zu schützen und integrationsverstärkend zu wirken. Dem für § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG maßgeblichen Umstand, dass dem Ausländer schon internationaler Schutz in einem anderen Mitgliedstaat gewährt worden sei, komme demgegenüber ein minderes Gewicht zu. Dieser Auffassung kann jedoch nicht gefolgt werden. Das Asylrecht unterscheidet zwischen unzulässigen und zulässigen Anträgen. Der Unzulässigkeitstatbestand des § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG umfasst dabei dem Wortlaut nach ohne ausdrückliche oder anderweitig erkennbare Einschränkung jeden Asylantrag, bei dem eine der nach Absatz 1 Nr. 1 bis 5 aufgelisteten Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt ist. Allein für den Unzulässigkeitstatbestand nach § 29 Abs. 1 Nr. 3 AsylG besteht mit § 31 Abs. 4 AsylG eine ausdrückliche Kollisionsnorm. Mit der Sicht des VG Berlin⁸ muss gerade der Umstand, dass der Gesetzgeber zeitgleich mit der Schaffung der verschiedenen

4 BVerwG, Pressemitteilung Nr. 58/2019 vom 15.08.19, abrufbar unter: <https://www.bverwg.de/pm/2019/58>.

5 EuGH, Ur. v. 12.04.2018, C-550/16.

6 BVerwG 1 C 8.1.

7 OVG Magdeburg, Ur. v. 19.02.19, 4 L 201/17A; 1. Instanz: VG Magdeburg, Ur. v. 23.10.17, 8 A 413/17 MD.

8 VG Berlin, Ur. v. 3.12.2018, 23 K 323.18 A -, juris <Rn. 28>.

Unzulässigkeitstatbestände in § 29 Abs. 1 AsylG ausschließ-lich die für den Fall des § 26a AsylG bestehende Kollisionsnorm in § 31 Abs. 4 AsylG „angepasst“ hat,⁹ nicht aber zugleich Regelungen für die weiteren Unzulässigkeitsgründe traf, als klares Indiz dafür gewertet werden, dass bei diesen Unzulässigkeitstatbeständen § 26 AsylG keinen Vorrang haben soll.

Insbesondere müssen die Motive bzw. Zielsetzungen der Familienasylregelung des § 26 AsylG aber ins Verhältnis gesetzt werden zu den weiteren maßgeblich im asylrechtlichen Normgefüge verfolgten Interessen. Ein Ziel von ganz erheblichem Gewicht ist die Vermeidung von Sekundärmigration. Gerade die Unterbindung der Binnenmigration ist seit jeher ein zentrales Ziel des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Ihm muss daher regelmäßig überwiegendes Gewicht zugemessen werden. Antragstellern soll es nicht möglich sein, die zwischen den beteiligten Mitgliedstaaten getroffene Zuständigkeitsbestimmung durch eine irreguläre Weiterwanderung in Frage zu stellen. Käme § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG nicht zur Anwendung, würde indes damit ein Anreiz gegeben, nach Deutschland weiterzuwandern mit dem Ziel, dort erneut einen Asylantrag zu stellen und sich letztlich konzeptionswidrig so den Mitgliedstaat auszusuchen, der Schutz gewährt.

b.) Familienasyl bei unterschiedlichen Herkunftsländern

In einem weiteren noch anhängigen Verfahren verhandelt das BVerwG am 18.12.2019 über die Frage, ob es auch dann einen Anspruch aus §§ 26 Abs. 2, 5 AsylG geben kann, wenn das Kind die Staatsangehörigkeit eines Staates besitzt, in dem ihm keine Verfolgung droht. Das Bundesamt vertritt hierzu die Auffassung, dass § 26 AsylG dahingehend auszu-legen ist, dass Familienflüchtlingsschutz nur dann gewährt werden kann, wenn der Betroffene auf keinen anderen Schutz eines anderen Staates, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt und in dem ihm keine Verfolgung droht, verwiesen werden kann. Eine andere Auslegung wäre auch nicht europarechtskonform. Hierüber wurde bereits im Entscheider-brief 6/2019¹⁰ berichtet.

B. Rechtswidrigkeit der einwöchigen Ausreisefrist bei Ab- lehnung eines Antrags als offensichtlich unzulässig; Auswirkungen der „Gnandi-Rechtsprechung“ des EuGH

Am 19.11.2019 verhandelt das BVerwG¹¹ unter anderem da-

rüber, ob die Möglichkeit ein gerichtliches Eilverfahren gem. § 80 Abs. 5 VwGO gegen die bei Ablehnung eines Asylantrags als offensichtlich unbegründet angeordnete Abschiebungs-androhung mit Frist der freiwilligen Ausreise binnen einer Woche nach Zustellung des Bescheids einen wirksamen Rechtsbehelf im Sinne der „Gnandi-Rechtsprechung“¹² des EuGH darstellt.

Mit seiner zugelassenen Sprungrevision wendet sich der Kläger gegen ein Urteil des VG Minden,¹³ das dessen Klage gegen die Entscheidung des Bundesamts, den Asylantrag als offensichtlich unbegründet abzulehnen, abgewiesen hatte. Das Bundesamt vertritt in diesem Verfahren die Auffassung, dass mit der Möglichkeit, gegen die Ausreiseaufforderung einstweiligen Rechtsschutz zu beantragen, die Anforderungen der Gnandi-Entscheidung des EuGH eingehalten sind. Denn nach § 36 Absatz 3 AsylG i. V. m. § 80 Absatz 5 VwGO wird einem Antragsteller die Möglichkeit eingeräumt, beim zuständigen Gericht einen Antrag auf Anordnung der auf-schiebenden Wirkung der Klage gegen einen Bescheid zu stellen, mit dem sein Antrag als offensichtlich unbegrün-det abgelehnt worden ist. In diesem Verfahren, das einem Verfahren auf der Grundlage des 46 Absatz 6 der Richtlinie 2013/32/EU entspricht, entscheidet das Gericht nach der Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt seiner Entscheidung.

Den Anforderungen des Artikels 46 Absatz 8 der Richtlinie 2013/32/EU vorzusehenden Bleiberechts wird dadurch Rechnung getragen, dass nach § 36 Absatz 3 Satz 8 AsylG eine Abschiebung bei rechtzeitiger Antragstellung vor der gerichtlichen Entscheidung nicht zulässig ist. Im Ergebnis ist der Betroffene daher bis zu einer Entscheidung in dem gerichtlichen Eilverfahren vor einer Abschiebung geschützt; vor Einlegung des Rechtsbehelfs durch den Abschiebungs-schutz während des Laufs der Ausreisefrist nach Einlegung des Rechtsbehelfs durch das in § 36 Absatz 3 Satz 8 AsylG normierte Bleiberecht.

Zu dieser Fragestellung sind noch weitere Revisionen beim BVerwG anhängig.¹⁴

Matthias Henning, GL61 und Alexander Horlamus, 61D

⁹ Vgl. BT-Drs. 18/8615, S. 52.

¹⁰ Abrufbar auf der Internetseite des Bundesamts unter: www.bamf.de.

¹¹ BVerwG 1 C 22.19.

¹² EuGH, Urt. v. 19.06.2018, C-181/16, EU:C:2018:465.

¹³ VG Minden, Urt. v. 16.04.2019, 10 K 3973/18.A.

¹⁴ BVerwG 1 C 21.19, 1 C 20.19 und 1 C 19.19.

Dublin III-Verordnung/Italien Verlängerung der Überstellungsfrist

Bei dem vorliegenden Urteil handelt es sich um die Endentscheidung des VGH Mannheim nach Vorlage gem. Art. 267 AEUV und Urteil des EuGH vom 19.3.2019 in der Rechtssache Jawo (C-163/17). Danach droht in Italien gesunden und arbeitsfähigen Personen weder zum Zeitpunkt der Rücküberstellung, noch während des Asylverfahrens und auch nicht nach Zuerkennung von internationalem Schutz unabhängig von deren Willen und persönlichen Entscheidungen eine gegen Art. 4 Grundrechte Charta verstoßende Situation extremer materieller Not, auch nicht aus der Perspektive der nationalen Abschiebungsverbote des § 60 V oder VII 1 AufenthG. Eine „Flucht“ im Sinne des Art. 29 II 2 Dublin III-Verordnung setzt objektiv ein Nichterreichen und subjektiv ein Entziehenwollen voraus. Hat ein Antragsteller die ihm zugewiesene Wohnung für eine gewisse Dauer verlassen, ohne – nach entsprechender Pflichten Belehrung – die zuständigen Behörden über seine Abwesenheit zu unterrichten, ist das subjektive Entziehenwollen zu unterstellen, wenn der Antragsteller dies nicht durch stichhaltige Gründe widerlegt. Eine vom Bundesamt gemäß Art. 29 II 2 Dublin III-Verordnung rechtmäßig auf 18 Monate verlängerte Überstellungsfrist verkürzt sich bei einem Wiederauftauchen des Flüchtlings nicht automatisch auf sechs Monate. Das Dublin-Recht kennt auch keinen Anspruch auf (schnelleren) Ablauf der Überstellungsfrist.

Um Art. 267 AEUV nicht den ihm zukommenden unionsrechtlichen Effet-Utile durch zwischenzeitlichen Zuständigkeitsübergang zu nehmen, unterbricht jede EuGH-Vorlage im Dublin - Verfahren grundsätzlich automatisch zugleich die Überstellungsfrist des Art. 29 Dublin III - Verordnung. Die Überstellungsfrist wird zudem durch einen zulässigen Eilantrag gemäß § 80 V VwGO oder die gerichtliche Aussetzung nach § 80 V oder VII bzw. 80 b II VwGO unterbrochen. Auch eine behördliche Aussetzung der Abschiebung gemäß § 80 IV VwGO unterbricht die Überstellungsfrist; sie setzt jedoch einen sachlich tragfähigen, willkürfreien und nicht missbräuchlichen Anlass voraus, der etwa gegeben ist, wenn die Behörde zur Klärung der Rechtslage eine rechtskräftige Entscheidung im Hauptsacheverfahren herbeiführen will (VGH Mannheim, U. v. 29.07.2019 - A 4 S 749/19 < 5877363>, MILO).

Andreas Dihlmann, 61E

Widerruf gem. § 73 I S. 1 AsylG/Freiheitsstrafe auf Bewährung

VG Saarlouis: Der Bescheid des Bundesamtes, mit dem die zuerkannte Flüchtlingseigenschaft widerrufen und im Weiteren die Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus abgelehnt worden ist, ist rechtmäßig und verletzt den Kläger daher nicht in seinen Rechten. Der Versagungsgrund des § 60 VIII S. 3 AufenthG liegt im Falle des Klägers ungeachtet dessen vor, dass die rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr wegen vorsätzlichen Vollrausches nach § 323a StGB erfolgte. Der Verurteilung wegen Vollrausches lagen die von dem Kläger sowohl vorsätzlich als auch rechtswidrig begangenen Körperverletzungsdelikte und die Straftat des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte zugrunde. Eine Verurteilung wegen der vorgenannten Straftaten erfolgte nur deshalb nicht, weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass der Kläger in Folge des Rausches im Sinne von § 20 StGB schuldunfähig war. Da das von § 323a StGB geschützte Rechtsgut aber zumindest auch das durch die im Rausch begangene rechtswidrige Straftat verletzte Gut, hier namentlich die körperliche Integrität sowie die Autorität staatlicher Vollstreckungsakte, ist, unterfällt der Kläger damit dem Anwendungsbereich des § 60 VIII S. 3 AufenthG. Dass die Vollstreckung der verhängten Freiheitsstrafen zur Bewährung ausgesetzt worden ist, steht der Annahme einer Wiederholungsgefahr im Fall des Klägers nicht entgegen, zumal von strafgerichtlichen Entscheidungen über eine Strafaussetzung zur Bewährung keine Bindungswirkung für die Frage der Wiederholungsgefahr ausgeht und diese auch keine Vermutung für das Fehlen einer Rückfallgefahr im Sinne einer Beweiserleichterung begründen (U. v. 09.07.2019 - 6 K 941/18 <7305245>, MILO).

Nicola Bender, 62E

Das albanische Asylsystem

Albanien ist Unterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951 und ihres Protokolls von 1967. In Übereinstimmung mit diesen internationalen Rechtsinstrumenten nahm die albanische Regierung 1998 das Gesetz 8432 „Über Asyl in der Republik Albanien“ an und aktualisierte

das Asylgesetz anhand der EU-Richtlinien im Oktober 2014 (Law No. 121/2014: On Asylum in Republic of Albania).¹ Darüber hinaus wird es durch Entscheidungen des Minister-rates und andere Rechtsakte ergänzt, wie z.B. DCM 346 zum biometrischen Personalausweis für alle Personen, die den Flüchtlingsstatus erreicht haben. Das Asylgesetz verpflichtet die Behörden, Asyl innerhalb von 51 Tagen nach dem ersten Antrag zu gewähren oder abzulehnen. Es erlaubt Flüchtlin-gen zu arbeiten und gewährt Zugang zu öffentlichen Dienst-leistungen, einschließlich Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnen, Justiz sowie Rechtsbeistand. Den Asylantragstel-lenden stehen ferner eine Dolmetscherin bzw. ein Dolmet-scher sowie eine kostenlose Rechtsberatung zur Verfügung. Darüber hinaus haben sie Anspruch auf eine angemessene Unterkunft.²

Laut EU Report 2019 hat Albanien im Oktober 2018 das Statusabkommen der Europäischen Grenz- und Küstenwa-che mit der EU unterzeichnet.³ Seit Oktober 2017 wurde die Aufnahmekapazität für Asylsuchende verdreifacht. Die Ge-samtzahl der Plätze, einschließlich des Nationalen Zentrums für Asylsuchende in Tirana und der Beherbergungsstätten in Gjirokastra und Shkodra, beläuft sich nun auf 400 Betten. Da die meisten Asylanträge nach wenigen Tagen zurückgezogen wurden, war die Kapazitätserhöhung bisher ausreichend. Für den Fall eines massiven Zustroms von Flüchtlingen könnten Notlager für 600 Menschen eingerichtet werden. Die Emp-fangsbedingungen waren im Allgemeinen ausreichend. In Anbetracht der gestiegenen Zahl unbegleiteter und getrenn-ter Personen wurde in Gjirokastra ein Aufnahmezentrum für schutzbedürftige Gruppen eingerichtet. Dennoch bedarf es einer Erhöhung der Personalkapazitäten und weiterer Schulungsmaßnahmen. Das Aufnahmezentrum für irreguläre Migranten in Karreç mit einer Gesamtkapazität von 150 Bet-ten muss renoviert werden. Das Land verfügt immer noch nicht über Einrichtungen für unbegleitete Minderjährige. Es sollten Alternativen zur Inhaftierung für Kinder, gefährdete Frauen und Menschen mit schwerwiegenden Erkrankungen geschaffen werden, wie es im Ausländergesetz vorgesehen ist. Das Personal der Grenzpolizei sollte darin geschult sein, schutzbedürftige Personengruppen zu identifizieren und sie

zur Unterstützung zu überweisen.

Laut UNHCR gab es 2018 eine Verfünffachung der Ankünfte (5.730) und eine 14-fache Zunahme der Asylanträge (4.378) gegenüber dem Jahr 2017.⁴ Davon wurde 123 Personen ein Schutzstatus gewährt, 2.719 Personen erhielten eine Dul-dung. Die häufigsten Herkunftsländer waren Syrien, Pakistan und Irak. Albanien ist im Wesentlichen Transitland, wobei ge-schätzte 1% bereit sind, im Land zu bleiben. Es treffen immer mehr Frauen, Mädchen und Jungen ein (18%), deren huma-nitäre Schutzbedürfnisse so weit wie möglich berücksichtigt werden. UNHCR und seine Partner, einschließlich des Amtes des Bürgerbeauftragten, unterstützen die Grenzpolizei bei der Gewährleistung des Zugangs zum Hoheitsgebiet und zu Asyl im Rahmen des Voruntersuchungsverfahrens. Darüber hinaus ergänzt es die staatlichen Bemühungen, indem es Neuankömmlingen humanitäre Hilfe an den Grenzen ge-währt. Das Büro arbeitet mit dem Innenministerium und der OSZE an einer Überprüfung des Vorabprüfungsverfahrens, um festgestellte Lücken zu schließen. Desweiteren arbeitet der UNHCR in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit den Sozialschutzbehörden zusammen, um sicherzustellen, dass die Rechte von Asylsuchenden, Flüchtlingen und von Staa-tenlosigkeit bedrohten Personen angemessen berücksichtigt werden.⁵

Laut EU Report 2019 wurden im Bereich Asyl und Migration einige Fortschritte bei der Verbesserung der institutionel-len Kapazitäten für Grenzverwaltung und Asyl erzielt.⁶ Die albanische Regierung hat ihre Bereitschaft erklärt, sich an europäischen Initiativen zur Bekämpfung der Flüchtlings-problematik zu beteiligen.⁷ Noch mangelt es an Erfahrung im Umgang mit der Aufnahme und Behandlung von Mig-ranten und Flüchtlingen sowie bei der ordnungsgemäßen Umsetzung integrationspolitischer Maßnahmen. So gab es glaubhafte Berichte, wonach die Behörden nicht die –vor-gesehenen Verfahrensregelungen befolgten und in anderen Fällen Schutzsuchende keinen Zugang zum Asylsystem hat-ten. UNHCR, Caritas und das Büro des Bürgerbeauftragten kritisierten die Untersuchungs- und Inhaftierungsverfahren. Es wurde berichtet, dass die Grenzpolizei Migranten zurück nach Griechenland dränge.⁸ Potenzielle Asylsuchende wür-

- 1 Law on Asylum in the Republic of Albania, No. 121/2014; <https://www.refworld.org/docid/3ae6b5c07.html>.
- 2 Vgl. Law Journal, ISSN 2523-1766: Refugees and asylum seekers rights in Albania: A comparison with European legislation, April 2018 http://www.lawjournal.al/sites/default/files/ALJ%20No%206-Pillar%203%20-%20ENGL_0.pdf; European Movement Albania: Challenges of Migration and Asylum in Albania; <http://em-al.org/en/1686-2/>.
- 3 Vgl. European Commission: Albania 2019 Report; <https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/20190529-albania-report.pdf>.

- 4 Vgl. UNHCR: Fact Sheet; <https://www.unhcr.org/see/wp-content/uploads/sites/57/2019/03/Fact-Sheet-UNHCR-Albania-Updated-31-January-2019.pdf>.
- 5 Ebd.
- 6 Vgl. European Commission: Albania 2019 Report; <https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/20190529-albania-report.pdf>.
- 7 UNHCR: Fact Sheet.
- 8 Vgl. U.S. Department of State, Country Report on Human Rights Practices - Albania; March 2019; <https://www.state.gov/reports>.

den oftmals nicht ausreichend informiert, sodass der Zugang zum Asylverfahren erschwert sei. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage und der bislang begrenzten Ausgabe von Flüchtlingsausweisen und Arbeitserlaubnissen, sei die Aufnahme einer Beschäftigung schwierig.⁹

Martina Todt-Arnold, Referat 62F

⁹ Vgl. Auswärtiges Amt, Lagebericht Albanien 2019

Ausgewählte EU-Partnerbehörden: Schweden - Migrationsverket

Die Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz obliegt in Schweden der Behörde „Migrationsverket“, deren Zentrale sich in Norrköping befindet. Das Migrationsverket ist eine selbstständige Behörde, die organisatorisch dem Justizministerium (Justitiedepartementet) unterstellt ist. Fachlich hat das Justizministerium aber keine Entscheidungsbefugnis über die Leitsätze und die Prüfung von Einzelfällen durch das Migrationsverket. Die Behörde teilt die Prüfung von Asylanträgen in sechs geographische Regionen ein: Region Nord, Mitte, Ost, West, Süd und Stockholm. Darüber hinaus gibt es zwei Abteilungen, die für die Abschiebeeinrichtungen (Förvarsavdelningen) und für die Verwaltungsgerichtsprozesse (Förvaltningsprocessavdelningen) zuständig sind.

Das Migrationsverket beschäftigt über 5.000 Mitarbeitende, von denen 901 im Asylverfahrensbereich tätig sind. Die Zahl dieser Beschäftigten teilt sich wie folgt auf: 90 Teamleitende, 281 Entscheidende und 454 Migrationssachbearbeitende. Letztere können überall im Bereich der Prüfung von Asylanträgen eingesetzt werden, auch im Bereich der Einbürgerung oder der legalen Migration. Darüber hinaus gibt es 76 Migrationsassistenten (ähnlich den Bürosachbearbeitenden). Im Dublin-Bereich sind sechs Teamleitende, elf Entscheidende, 20 Migrationssachbearbeitende und drei Migrationsassistenten eingesetzt.

Sowohl die Migrationssachbearbeitenden als auch die Entscheidenden haben eine Universitätsausbildung, insbesondere in den Fachrichtungen Rechts-, Politik- und Sozialwissenschaften. Der Einstieg erfolgt zumeist als Migrationssachbearbeiterin bzw. Migrationssachbearbeiter. Früher oder später werden die Migrationssachbearbeitenden dann zu Entscheidenden, d.h. die meisten Entscheidenden waren zuvor Migrationssachbearbeitende.

In Schweden wird die Entscheidung über einen Asylantrag immer von zwei Personen getroffen: Entweder von zwei Entscheidenden oder einem Migrationssachbearbeitenden und einem Entscheidenden. In jedem Fall wird der Asylbescheid von beiden Mitarbeitenden unterzeichnet. Wenn das Asylverfahren aller Voraussicht nach nicht eindeutig positiv oder negativ beschieden werden kann, wird den Antragstellenden zu Beginn ihres Asylverfahrens eine juristische Vertretung zur Seite gestellt. Die juristische Vertretung kann ergänzende Fragen des Migrationsverket beantworten und die Antragstellenden im Rahmen der Anhörung unterstützen.

Weitere Aufgaben des Migrationsamtes sind die Einbürgerung, die legale Migration (z.B. Familienzusammenführung, Arbeit, Studium), das Resettlement, die Aufnahme und die Unterbringung sowie die Versorgung von Antragstellenden, die Abschiebeeinrichtungen (Gewahrsam) sowie die freiwillige Rückkehr. Für die Bereiche Abschiebungen, Integration und Migrationsforschung sind in Schweden andere Behörden zuständig.

Im Jahr 2018 verzeichnete Schweden 21.500 Asylanträge und hat über 35.500 Anträge entschieden. In der ersten Jahreshälfte 2019 wurden 10.182 Asylerstanträge gestellt und 12.300 Asylentscheidungen getroffen. Die meisten Anträge auf internationalen Schutz stellten Staatsangehörige aus Syrien (1032), dem Irak (555), Usbekistan (553), Iran (543) und Georgien (533). Die Schutzquote lag im ersten Halbjahr 2019 bei 28%.

Weitere Informationen über das Migrationsverket finden Sie auf <https://www.migrationsverket.se> und <https://www.migrationsverket.se/English/Startpage.html>.

Die Redaktion



Informationen hierzu:
Informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de

Veröffentlichungen anderer

BTag:

- Migration: Fachkräfteeinwanderungsgesetz, BT-Drs. 19/8285
- Psychosoziale Betreuung und Behandlung von traumatisierten Geflüchteten (Die Linke), BT-Drs. 19/11142
- Rückkehr: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht – „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“, BT-Drs. 19/10047
- Integration: Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung, BT-Drs. 19/8286

Jan Rosenstein und Ulrich Koehler, Beschäftigungsduldung – eine Bewertung der Neuregelung aus der Sicht der Praxis, ZAR 7/2019, 222 ff.

Nerea González Méndez de Vigo, Rechtsgrundlagen und Verfahren zur Alterseinschätzung, Asylmagazin 6-7/2019, 206 ff.

Demnächst lesen Sie:

- Aus der Rechtsprechung
- EU-Partnerbehörde

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
ISSN 1869-1803
Redaktion Entscheiderbrief
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg
www.bamf.de
poststelle@bamf.bund.de

Entscheiderbrief 8/2019 - 29.08.2019

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
e-brief@bamf.bund.de
Download: www.bamf.bund.de > Infothek > Publikationen

Erscheinungsweise:

elektronisch; Redaktionsschluss jeweils der 15. des Monats (Änderung nach Bedarf)

Gestaltung:

Petra Schiller, 62G

Bildnachweis:

Wolfgang Heindel, 61E

Verantwortlicher Leiter:

Michael Rosenbach, GL 62

Nachdruck und Nutzung nur nach Zustimmung des Herausgebers mit Quellenangabe und Belegexemplar. Kein Anspruch auf Veröffentlichung oder Manuskriptrückgabe.